

Korea ein Jahr nach Fukushima

DIE AMTLICHE ATOMPOLITIK BLEIBT UNVERÄNDERT, ABER DER WIDERSTAND WÄCHST

Fukushima, Synonym für eine der folgenschwersten Nuklearkatastrophen unserer Zeit, bringt die Koreaner zwar zum Nachdenken über die Sinnhaftigkeit dieser Energiequelle, aber den konsequenten Atomkurs der jetzigen und früherer Regierungen hat diese Entwicklung bisher nicht signifikant beeinflussen können. Zwar haben sich in den vergangenen Monaten die atomkritischen Töne aus der Zivilgesellschaft verstärkt, aber die Energiefrage wird von der Politik noch immer weit mehr unter wirtschaftlichen als unter Sicherheits- oder Nachhaltigkeitsaspekten bewertet. Unübersehbar ist allerdings der massive Vertrauensschwund der Bevölkerung gegenüber den zahlreichen Reaktoren im eigenen Land.

Die Kernkraft spaltet das Land, auch die Meinungsmacher. Der Jahrestag von Fukushima veranlasst die koreanischen Medien zur Debatte über die Kernenergie – mit höchst unterschiedlichen Schlussfolgerungen: „Auf Nuklearkurs bleiben“ forderte der *Korea Herald* in einem Kommentar und belegte dies mit den angeblich zwölfmal höheren Kosten pro Kilowattstunde Solarenergie gegenüber der Kernenergie. Dagegen sieht die *Korea Times* in der Nuklearpolitik eine „gefährliche Obsession“ und fordert langfristige Energiealternativen ein.

Die Fronten sind klar: Hier die Kernenergiebefürworter, die ein Szenario des gefährdeten Wohlstands entwerfen, sollte dem energiehungrigen Land seine wirtschaftliche Stromquelle abhanden kommen und damit die, wie sie meinen, Grundlage für eine international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Diese Seite gibt den erneuerbaren

Energien auch auf lange Sicht keine realistische Chance, dem Nukleargewicht etwas Glaubwürdiges entgegenzusetzen. Dort die Atomgegner, die u.a. die extreme Subventionierung des koreanischen Atomstroms kritisieren und sie für die nach ihrer Auffassung weit verbreitete Energieverschwendung verantwortlich machen. Koreas Strompreise liegen etwa bei der Hälfte des Durchschnitts aller OECD-Staaten. Das führt dazu, dass der pro Kopf-Energieverbrauch p.a. mit 9.510 Kilowattstunden (2011) mittlerweile das japanische Niveau überschritten hat, obwohl Japan ein mehr als doppelt so hohes pro Kopf-Einkommen als Südkorea aufweist.

Fukushima hat der koreanischen Anti-Atomkraft-Bewegung einen Schub gegeben, und im Juni 2011 wurde die „Joint Action for a Nuclear-free Society“, ein Zusammenschluss von etwa 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet. Noch aber fehlt diesem Zusammenschluss und auch der nur im Embryonalstatus existierenden Grünen Partei die politische Traktion. Dabei festigten sich vier Wochen vor den koreanischen Parlamentswahlen die parteipolitischen Positionen zum Thema: Die Zustimmung von Vertretern der noch regierenden, aber von einer schweren Wahlniederlage bedrohten, konservativen Saenuri-Partei zur Kernkraft bleibt ungebrochen, wird aber verhaltener, wohl auch angesichts neuester Umfragen (Quelle: Korea Energy Economics Institute), wonach die Zahl der Kernkraftgegner zwischen 2009 und 2011 um enorme 40,1% auf 59,3% der Befragten gestiegen sei, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Befürworter von 42% auf 16,9% gesunken sein soll (erstaunlich an diesen Zahlen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

DR. NORBERT ESCHBORN

März 2012

www.kas.de/korea

www.kas.de

ist v.a. der Anteil von 23,8% der Befragten, die 2011 keine Meinung zu dem immer sensibler werdenden Thema haben sollen). Der Unmut macht sich verständlicherweise v.a. in den Provinzen mit einer hohen Reaktordichte breit. Die gegenwärtige Oppositionspartei DUP scheint mit Blick auf den Urnengang im April den bisher auch von ihr mitgetragenen „stillen Nuklearkonsens“ der politischen Elite nunmehr mindestens in Frage stellen zu wollen; eine allmähliche Abkehr von der Kernenergie haben inzwischen eine ganze Reihe derzeitiger und früherer Amts- und Mandatsträger gefordert. Dies dürfte aber vornehmlich der beginnenden öffentlichen Demontage des Präsidenten Lee Myung-bak dienen, der bei den nächsten Wahlen für das Amt des Staatsoberhauptes im Dezember 2012 nicht mehr antreten darf, jedoch als der Exponent einer staatlich geförderten Nuklearpolitik und v.a. einer Exportpolitik von koreanischer Nukleartechnologie gilt. Atomkraft wird zum ernstesten politischen Thema in Südkorea, aber nur langsam. Richtig neu gemischt werden die politischen Karten erst unter dem nächsten Präsidenten ab Frühjahr 2013. Angesichts einer bis heute einseitigen Energiepolitik werden aber auch dessen Optionen nicht wirklich zahlreich und attraktiv sein.